

FUNKTIONIERT DIE ENTWICKLUNGSHILFE DER EU?

Inhalt

EU-Entwicklungshilfe gegen Fluchtursachen:
Die Zweifel bleiben..... 1

Lässt sich der Erfolg von
Entwicklungszusammenarbeit messen?..... 2

EU-Hilfe am Horn von Afrika 4

Entwicklungshilfe als Druckmittel
für Menschenrechte 6

Steigende Ausgaben der Entwicklungshilfe
durch EU-Flüchtlingspolitik..... 7



Mit Unterstützung von

BILL & MELINDA GATES foundation



Die EU startete Hilfsprogramme, um Flüchtlinge des Sudan-Konflikts wieder in ihr Land zurückzuführen. [European Commission DG ECHO/Flickr]

EU-Entwicklungshilfe gegen Fluchtursachen: Die Zweifel bleiben

Die EU-Mitgliedsstaaten greifen im Kampf gegen Fluchtursachen zunehmend auf ihre Entwicklungshilfebudgets zurück. Ob die Migration dadurch tatsächlich eingedämmt werden kann, ist umstritten.

Seit Beginn der Flüchtlingskrise hat die EU zahlreiche Maßnahmen verkündet, um die Situation in den Griff zu bekommen. Europas Entwicklungshilfebudget, das größte weltweit, deckt inzwischen einen Großteil der Finanzierungslücke in der Flüchtlingskrise.

Auf dem Valetta-Flüchtlingsgipfel brachte die EU vergangenen November ihren Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika auf den Weg. Mit ihm will sie gegen die Ursachen illegaler Migration und Vertreibung kämpfen. Der Fonds gilt als schnelle und flexible Alternative zur konventionellen Entwicklungshilfe. Er soll Programme für mehr Beschäftigung, Ernährungssicherheit und Gesundheit fördern. Oberste Priorität jedoch haben Projekte für ein verbessertes Migrationsmanagement

in den Ländern der Sahelzone und dem Horn von Afrika. In der Vergangenheit jedoch wurden vergleichbare Schritte den Erwartungen nicht immer gerecht.

Bisher wurden insgesamt zehn Projekte genehmigt, die bald an den Start gehen werden: darunter laut Kommission ein 67 Millionen Euro schweres Paket, das die Selbstversorgung in den besonders stark von der Migration betroffenen Regionen Äthiopiens verbessern soll. Ein anderes Vorhaben zielt darauf ab, vertriebene Somalier in stabile Gebiete des Landes zurückzuführen. Diesem Projekt stellt der Fonds 50 Millionen Euro zur Verfügung. Mithilfe des Treuhandfonds will die EU also die Entwicklung in Herkunfts- und Transitländern unterstützen und so gegen Fluchtursachen beseitigen. Dabei könnte der Fonds jedoch auf dieselben Probleme wie die europäischen Entwicklungshilfegelder stoßen.

Rechnungshof kritisch

Der EU falle es schwer, eine klare Grenze zwischen Migrationsursachen und -folgen zu ziehen, heißt es in einem sehr kritischen Bericht des EU-Rechnungshofs über die Nutzung von Entwicklungshilfegeldern in der Flüchtlingskrise. Zwei Programme wurden im Rahmen des Mitte März veröffentlichten Dokuments überprüft. Beide fielen unter die

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

externen Migrationsausgaben für den südlichen Mittelmeerraum und die östlichen Nachbarländer bis 2014, minderten die Migrationsströme letztendlich jedoch kaum.

Die Auswertung solcher Programme ist sehr schwierig, da es den Statistiken zur illegalen EU-Einwanderung an verlässlichen Indikatoren mangelt. Entwicklungshilfegelder auf viele kleine Projekte aufzuteilen, macht es außerdem nicht einfacher, die Gesamtergebnisse zu evaluieren. Trotz der zahlreichen Initiativen vor Ort konnte man bisher nicht genug Menschen erreichen, um massiven Migrationsbewegungen entgegen zu wirken.

Der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika und die vom Rechnungshof überprüften Programme funktionieren auf ganz ähnliche Weise, erklärt Elizabeth Collett, Direktorin des Migration Policy Institute (MPI). Daher könne der Fonds auf die gleichen Problemen treffen wie konventionelle Entwicklungshilfeprogramme.

Sicherheitsausgaben als Entwicklungshilfe

Ein großer Anteil der europäischen Hilfsgelder fließt in die Koordinierung von Flüchtlingsströmen – manchmal direkt auf Kosten von regulären Entwicklungshilfeprojekten. Sicherheit und Grenzschutz seien bei den europäischen Migrationsausgaben besonders präsent, so der Bericht des EU-Rechnungshofes.

„Es bereitet uns großes Kopfzerbrechen, dass die Sicherheitsinteressen der EU zunehmend Einfluss auf die europäische Entwicklungshilfe haben. Die Grenzsicherheit zu stärken, um Einwanderungsströme einzudämmen, hilft hungerleidenden Menschen in Entwicklungsländern nicht im Geringsten. Es beseitigt auch nicht die extremen Ungleichheiten in der Welt“, kritisiert Sara Tesorieri, Expertin für EU-Migrationspolitik bei Oxfam.

Diese Tendenz in Richtung Sicherheit scheint immer mehr Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe zu werden. Im Februar dieses Jahres trafen sich die

Entwicklungsminister der 29 Länder des OECD-Entwicklungshilfeausschusses. Sie einigten auf eine breitere Definition der Entwicklungshilfe, sodass diese nun auch Friedens- und Sicherheitsausgaben umfasst.

Zusammenhang: Entwicklung und Migration

Die konventionelle Logik besagt, dass die Migrationsbereitschaft abnimmt, wenn die Armut sinkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Selbst dieser Grundgedanke steht nun jedoch zur Debatte. „Wie Studien der Oxford University zeigen, führt mehr menschliche Entwicklung wahrscheinlich zu mehr Mobilität – und nicht andersherum“, so Tesorieri. Die UN sieht das genauso. „Mehr Entwicklung heißt mehr Migration“, betont François Crépeau, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte von Migranten, bei einem Besuch in Brüssel. „Denn viele Menschen, die lange auswandern wollten – es finanziell jedoch nicht konnten – bekommen so die Möglichkeit dazu.“

INTERVIEW

Lässt sich der Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit messen?

Die Entwicklungszusammenarbeit steht immer wieder in der Kritik, weil sich ihr Erfolg so schlecht messen und gegenüber der Öffentlichkeit darstellen lässt. EurActiv sprach mit Sarah Holzapfel vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) über ihre aktuelle Studie „Boosting or hindering aid effectiveness?“

An assessment of systems for measuring donor agency results,„.



Darin hat Sarah Holzapfel verwendete Standard-Indikatoren von elf internationalen Geberorganisationen daraufhin untersucht,

ob diese helfen, den Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu messen.

EurActiv: Sie haben im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) untersucht, welche festen Parameter etwas über den Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit aussagen. Sind solche Parameter wirklich sinnvoll?

Sarah Holzapfel: Eine messbare Berichterstattung der Entwicklungszusammenarbeit ist in der Tat schwierig. In der Regel verwenden Geberorganisationen für ihre Berichterstattung zwischen 15 und 30 Standardindikatoren, wie z .B. „die Anzahl ausgebildeter Lehrer“ oder „die

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Anzahl zusätzlicher Wasseranschlüsse“. Die verwendeten Standard-Indikatoren sind jedoch sehr oberflächlich und haben nur eine begrenzte Aussagekraft. Das bedeutet ja noch nicht, dass dadurch auch die Schüler mehr gelernt haben. Darüber kann man mit diesen Indikatoren keine wirklich sinnvollen Aussagen treffen. Ich habe das in meinen Analysen eher kritisch betrachtet.

Angesichts der öffentlichen Kritik über nicht ausreichende Ergebnisnachweise in der EZ stellt das die Geberorganisationen vor eine schwierige Aufgabe. Wie haben die von Ihnen untersuchten elf Organisationen abgeschnitten?

Das ist schwierig zu beantworten. Die aggregierte Berichterstattung gibt es noch nicht so lange. Erst Anfang 2000 wurden die ersten Versuche unternommen. Alle Geber sind noch dabei zu lernen, ihre Systeme anzupassen und stellen sich ähnliche Fragen wie das BMZ.

Einige Geber wie DFID und die IDB verwenden Ziele für Standardindikatoren, wie z.B. „wir verpflichten uns, bis 2018 fünf Millionen Haushalten den Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen.“ Solche Ziele sehe ich kritisch, da diese zu einer geringeren Ausrichtung der EZ an den Entwicklungsprioritäten der Partnerländer führen können. Zudem bilden Standardindikatoren nur einen sehr kleinen, messbaren Teil des Projektportfolios ab und

messen eher kurzfristige als langfristige Ergebnisse.

Dennoch eignen sich Standard-Indikatoren sehr gut, um öffentlichkeitswirksam den Nutzen der EZ zu kommunizieren und dadurch gesellschaftlichen Rückhalt in der Bevölkerung für die EZ zu stärken. Um jedoch die Wirksamkeit der EZ im Sinne der Sustainable Development Goals bewerten zu können, muss man sich eigentlich die Maßnahmen im einzelnen und auf Länderebene ansehen.

Was bedeutet das genau?

Es ist wichtig, dass die Geber nicht nur Aktivitäten und Outputs messen und darstellen. Also – wie viele Kilometer Straße haben wir gebaut oder wie viele Wasseranschlüsse gelegt-, sondern sie müssen auch die Auswirkungen ihrer Aktivitäten erfassen. Wie hat sich das Leben unserer Zielgruppe wirklich verändert? Wie sind die Einkommen gestiegen? Gibt es mehr Ernährungssicherheit? Das geht nur durch Evaluierung.

Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, die sich auch aus den Verpflichtungen der Geber-Organisationen zu den Sustainable Development Goals und den International Aid Transparency Initiative Standard (IATI) nach mehr Transparenz ergibt. Was müsste jetzt passieren?

Rechenschaft über die Ergebnisse abzugeben ist ein Bestandteil der generellen Verpflichtungen für mehr Transparenz. Meiner Meinung nach sollten die Geber alle Projekte und deren Ergebnisse in einer zentralen Datenbank erfassen, zu der jeder weltweit Zugang hat. Das wäre für die Bevölkerung und die Regierungen in den Entwicklungsländern selbst auch sehr hilfreich und gibt ihnen einen Überblick, wer was und mit welchem Erfolg finanziert. Auch den Gebern könnte das helfen, sich besser auszutauschen und sich mit den Regierungen der Entwicklungsländer besser zu koordinieren. Der IATI-Standard bietet hierfür einen geeigneten Rahmen.

Und auch in Deutschland könnte dann jeder genau sehen, welche Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Steuergeldern finanziert werden.

Die Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit ist auch in Deutschland ein Problem, wenn auch nicht ausschließlich. Bei uns findet

man relativ wenige Informationen darüber, wie zum Beispiel auch bei den Franzosen. Das ist bei den multilateralen Entwicklungsbanken wie der Weltbank (IDA/IBRD), der Asian Development Bank (ADB) oder der Inter-American Development Bank (IDB) ganz anders. Da bekommt man schon einen besseren Einblick über Projektdokumente, Vorschläge, Monitoring-Berichte – da können sich die bilateralen Geber noch einiges abgucken.

Der IATI-Standard ist tatsächlich gut für mehr Transparenz. Allerdings ist die Darstellung der Ergebnisse noch sehr gering. Die meisten Geber veröffentlichen nur die Ausgaben der Projekte und wo sie diese finanzieren – nicht aber die Ergebnisse, die damit erreicht wurden.

Das liegt vielleicht auch an der öffentlichen Kritik, dass Steuergelder in der EZ mitunter nicht sinnvoll eingesetzt werden? Niemand berichtet ja gern über Fehlleistungen.

Das ist einer der Gründe, der mir immer wieder genannt wird und den ich auch nachvollziehen kann: Nicht alles sollte öffentlich sein, da man eben auch Fehler machen und auf Projektebene auch flexibel reagieren muss. Manche Dinge kann man intern besser lösen. Natürlich macht man sich die Entwicklungszusammenarbeit angreifbar, wenn die Ergebnisse nicht immer positiv sind. Es ist aber auch ganz klar, dass nicht jedes Projekt erfolgreich sein kann. Nichtsdestotrotz denke ich, gerade eben weil auch Steuergelder in der Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden, ist es wichtig, dass die Öffentlichkeit mehr Informationen darüber erhält, was genau mit diesen Geldern geschieht.

Mit sinnvollen Standard-Indikatoren über Quantität und Evaluierungen über Qualität der einzelnen Projekte auf

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Länderebene würden die Geber nicht nur mehr Transparenz herstellen, sondern ihre Leistungen auch miteinander vergleichbar machen.

Die Messsysteme sind heute immer noch nicht vergleichbar und somit ein Vergleich der Organisationen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität nicht möglich. Jeder misst irgendwie anders und inwieweit eine ordentliche Evaluierung dahintersteckt, kann man aus den bisher angewendeten Standard-Indikatoren nicht ablesen. Deshalb ist es schwierig unterschiedliche Geber untereinander zu vergleichen. Man kann eigentlich nur auf Maßnahme-Ebene schauen, welche Projekte erfolgreich und sinnvoll sind und welche eben nicht. Für eine bessere Vergleichbarkeit sollten

Geber daran arbeiten, Indikatoren und Systeme der Berichterstattung zu harmonisieren. Organisationen anhand standardisierter Indikatoren zu vergleichen wird allerdings auch dann in Zukunft schwierig bleiben.

Was würde laut Ihrer Studie für eine zukünftige Messung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll sein?

Neben einer zentralen Erfassung und einer Kombination aus mehr Transparenz und Evaluierung ist meiner Meinung nach eine verbesserte, koordinierte und durch das Partnerland gesteuerte Wirkungsmessung auf Länderebene entscheidend, die entsprechenden Partnerländer bei der Auswertung mit einzubeziehen. Bei

Entwicklungszusammenarbeit geht es immerhin um so wichtige Fragen wie Ownership, Alignment und eine entsprechende Koordination. Die müssen auch vom Partnerland geleistet werden. Zurzeit richtet die Mehrzahl der EZ-Projekte eigene Monitoring-Systeme ein, die parallel zu den Systemen der jeweiligen Partner-Regierungen laufen. Hier sollten mehr harmonisierende Anstrengungen seitens der einzelnen Geber stattfinden. Das würde der Koordinierung und der Transparenz zukünftig sehr helfen.

Dr. Sarah Holzapfel ist Agrarökonomin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in der Abteilung Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik.

EU-Hilfe am Horn von Afrika

Hochrangige EU-Vertreter für auswärtige Angelegenheiten, Entwicklung und Notfallhilfe sind letzte Woche nach Addis Abeba gereist, wo sie weitere 122 Millionen Euro an europäischen Hilfsgeldern zusagten. So soll verhindert werden, dass sich die humanitäre Krise in Äthiopien in eine Hungersnot verwandelt. EurActiv Brüssel berichtet.

Ostafrika steckt in einer der schlimmsten humanitären Krisen. Der Klimawandel verschärft durch das Wetterphänomen El Niño den Temperaturanstieg der Meeresoberfläche. Es kommt zu Überflutungen und zu Dürreperioden, vor allem im Osten des afrikanischen Kontinents und am Horn von Afrika. Äthiopien, ein Land mit etwa 100 Millionen Einwohnern, ist am schwersten von den Auswirkungen

des Klimawandels betroffen. Das Land durchlebt die schlimmste Dürrekatastrophe der letzten 50 Jahre und damit ist die Hungersnot ernster als 1984/85, als damals das erste „Live Aid“-Wohltätigkeitskonzert stattfand. Mittlerweile sind zehn Prozent der dortigen Bevölkerung von Nahrungsmittellieferungen abhängig. Äthiopien wurde zum Symbol für Mangelernährung und Hungersterben (sehr zum Leidwesen der derzeitigen Regierung, die kostspielige Sofortmaßnahmen einführt, um auf Dürrewarnungen reagieren zu können).

Christos Stylianides, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe, und Entwicklungskommissar Neven Mimica versprochen, weitere 122,5 Millionen Euro bereitzustellen. Mit diesen Geldern will man den dringendsten Bedürfnissen der mehr als zehn Millionen Menschen gerecht werden. Die EU spricht hierbei von „Hilfe für eine rasche Erholung [und] Initiativen zur Bewältigung der Ursachen von Fragilität und Verwundbarkeit.“

Vier Monate zwischen Spenden und Nahrungsmitteln vor Ort

Es wird etwa vier Monate dauern, bis nach den versprochenen Geldern auch Nahrungsmittellieferungen vor Ort ankommen werden. Bis zur Regenzeit im Sommer soll so zunächst der Druck auf die Bevölkerung des Landes gemindert werden. „Mit mehr als zehn Millionen Hungerleidern [in Äthiopien] ist die humanitäre Situation wirklich besorgniserregend. Die EU handelt: Die neue Unterstützung wird es uns ermöglichen, unsere Hilfsbemühungen für die Ärmsten im Land zu intensivieren“, betont Stylianides. Mimica lobt darüber hinaus die bisherige Arbeit der Regierung in Addis Abeba: „Wir können auf den bisherigen Erfolgen Äthiopiens bauen.“ Die Hauptstadt verspricht derzeit, die Eröffnung einer neuen elektrifizierten Bahnstrecke bis zum Hafenstaat Dschibuti zu beschleunigen. So will man Hilfslieferungen den Zugang zum Land erleichtern.

Ein 122 Millionen Euro schweres EU-Hilfspaket allein werde jedoch nicht ausreichen, unterstreichen NGOs und auch die äthiopische Regierung.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Immerhin sei Äthiopien nicht das einzige krisengebeutelte Land im Horn von Afrika (die Region umfasst außerdem Eritrea, Somalia und Dschibuti). Tatsächlich kommen diese Zusagen jedoch zum ursprünglichen El-Niño-Nothilfepaket hinzu, welches die EU im Dezember 2015 verkündete. Es umfasst 79 Millionen Euro für die Großregion des Horns von Afrika, von denen 43 Milliarden an Äthiopien gehen.

Das Land ist bereits jetzt der größte Empfänger von EU-Entwicklungshilfegeldern. Seit 2011 erhielt es 200 Millionen Euro an humanitärer Hilfe und profitiert derzeit von einem landesspezifischen Entwicklungshilfeprogramm in Höhe von 745 Millionen Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020.

Dennoch brauche Äthiopien laut Regierung weitere 650 Millionen Dollar, um auf die ursprünglich benötigten 1,4 Milliarden Dollar an Spendengeldern zu kommen. In unterschiedlichen Sektoren gebe es noch lebensbedrohliche Finanzierungslücken. Vor vier Wochen startete die Regierung eine insgesamt 90-tägige Aufklärungskampagne über den weiteren Bedarf an Unterstützung.

„Sehr wenig... sehr spät“

„Die dargebotene Hilfe ist nur sehr wenig und ist häufig sehr spät gekommen“, warnte Premierminister Hailemariam Desalegn am 17. März – noch vor dem jüngsten EU-Hilfspaket. Man habe der momentanen Dürrekatastrophe in Ostafrika, die auch Länder wie Malawi und Simbabwe betrifft, nicht genug mediale Aufmerksamkeit entgegengebracht – vor allem aufgrund der Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum und in Nordafrika. „Äthiopien sollte auf keinen Fall vernachlässigt werden, auch wenn es in der Welt zur Zeit viele Krisen gibt“, meint Desalegn. „Mein Land verdient mehr Unterstützung. Immerhin beherbergen wir etwa 750.000 Flüchtlinge aus Nachbarländern, die auf



Bei letzten schweren Dürreperiode 2009 kamen viele Nutztiere ums Leben. [Oxfam/Flickr]

Nahrungsmittellieferungen angewiesen sind.“ Damit verweist er auf die weiteren Probleme, vor denen die EU-Kommission bei der Bereitstellung von Hilfe im Horn von Afrika steht. Während Äthiopien ein relativ stabiler und sicherer – wenn auch autoritärer – Staat ist, gelten die Nachbarländer (Somalia, Eritrea, der Sudan und der Südsudan) als gescheiterte Staaten, gezeichnet von islamistischem Terror und Bürgerkrieg.

Bei seiner Reise in die Region besuchte Mimica auch den Nachbarstaat Sudan. Diesem versprach er 100 Millionen Euro im Rahmen des 2015 eingerichteten EU-Notfalltreuhandfonds für Afrika. Mit diesen Geldern wolle man gegen die Instabilität sowie die Ursachen illegaler Migration und Vertreibung im Sudan kämpfen. Seit dem Darfur-Konflikt vor zehn Jahren leben etwa drei Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb der Landesgrenzen.

Die meisten NGOs loben die zusätzliche Unterstützung in der El-Niño-Dürreperiode. Dennoch gibt es Vorbehalte und – zumindest seitens Oxfams – harsche Kritik.

Landwirtinnen und Kleinbauern

Oxfam verweist darauf, wie wichtig lokale Kleinbauern für zukünftige Entwicklungsinitiativen sein werden, sobald die unmittelbare Krise vorbei sei. „Ernährungssicherheit hat für die EU oberste Priorität. Die

Frage ist nur, wie man das Ganze in Maßnahmen umsetzt“, erklärt Hannah Saarinen, EU-Politikberaterin für Landwirtschaftsinvestitionen, in einem Gespräch mit EurActiv. „Das umfassende Bild von Entwicklung sollte vor allem herausstellen, wie wichtig weibliche Landwirte sind. Ihre Situation hat einen vervielfachenden Einfluss auf das Horn von Afrika. Denn dort dient die Landwirtschaft als Hauptmöglichkeit zur Selbstversorgung und Produktion. Auf politischer Ebene erkennt man die Bedeutung von Kleinbauern und Landwirtinnen an. Es geht aber nicht nur um Entwicklung, sondern auch um Investitionen, handelspolitische Maßnahmen und um die Frage, inwiefern diese mit nachhaltiger Landwirtschaft vereinbar sind. Private Investitionen in die Landwirtschaft nehmen zu. Zu häufig werden sie jedoch weitestgehend nach ihren Bedingungen [denen der westlichen Konzerne] getätigt“, meint Saarinen.

Die Kampagne ONE, die 2007 unter anderem von Bono mit ins Leben gerufen wurde, begrüßt die „positiven Schritte“ der EU. Gleichzeitig unterstreicht sie jedoch, dass man sich stärker auf die Ernährung konzentrieren müsse. „Während der Dürreperiode 2011, hat die EU-Kommission als erste einen Ansatz verfolgt, der humanitäre Hilfe mit langfristigen Entwicklungsprogrammen

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

kombiniert hat. So konnte man die Empfänger zukünftigen Schocks gegenüber widerstandsfähiger machen“, erklärt Tamira Gunzburg, ONE-Direktorin in Brüssel. „Wenn externe Schocks wie El Niño diesen Prozess jedoch bedrohen, sollte die Kommission den betroffenen Ländern weiterhin beistehen. Sie sollte auch in Zukunft in Programme investieren, die die Mangelernährung im Horn von Afrika und darüber hinaus behandeln beziehungsweise verhindern. So könnte man die jährliche Sterberate von Kindern unter fünf Jahren halbieren.“

War on Want ist eine Wohltätigkeitsorganisation mit Sitz in Großbritannien, die nach eigenen Angaben „einzigartige“ Hilfe während der Hungersnot von 1985 leistete. Sie habe nämlich nicht nur mit dem marxistischen Derg-Regime zusammengearbeitet,

sondern auch mit den Befreiungsfronten im Tigré und in Eritrea. Von dieser Organisation hagelt es nun scharfe Kritik an dem EU-Paket. „Der Sinn von Hilfe ist es nicht, nur kurzfristige Symptome zu behandeln. Man muss die langfristigen strukturellen Probleme der Länder in Ostafrika angehen“, betont der Direktor von War on Want EurActiv gegenüber. „Die EU sollte nachhaltig Kapazitäten in Afrika schaffen, damit der Kontinent in Zukunft nicht mehr auf Hilfe angewiesen ist. Alles andere macht das Problem nur noch schlimmer.“

Eritrea – Hilfe für autoritäre Regierungen?

Jetzt steht die EU-Kommission jedoch weiterer Kritik aus den eigenen Reihen gegenüber. Denn Brüssel selbst bemängelt die Hilfsmaßnahmen am Horn von Afrika. Man dürfe den autoritären

Regierungen dort nicht noch mehr EU-Gelder geben, fordert letzten Monat die größte Fraktion im EU-Parlament, die konservative EVP (Europäische Volkspartei). Davo Ivo Stier, Sprecher des Entwicklungsausschusses verweist auf die 200 Millionen Euro, die die EU in den nächsten fünf Jahren Eritrea überlassen will. „Die Menschen fliehen aus Eritrea, weil sie von der Regierung unterdrückt werden. Wir müssen sicherstellen, dass wir mit den EU-Hilfen aus Steuergeldern keine autoritären Regime fördern. [Wir] haben wiederholt klargestellt, dass eine zukünftige Unterstützung Eritreas nur mit demokratischer Regierungsführung, dem Aufbau transparenter und inklusiver Organisationen sowie dem Schutz der Menschenrechte möglich ist“, so Stier. „Die Entwicklungsprogramme sollten transparenter werden. Außerdem müssen die EU-Institutionen besser zusammenarbeiten.“

Entwicklungshilfe als Druckmittel für Menschenrechte

Die EU nutzt ihre Entwicklungshilfe seit mehr als 20 Jahren als Druckmittel für mehr Menschenrechte in den Ländern des Südens – ein Schachzug, den afrikanische, karibische und pazifische Länder nicht immer gutheißen. EurActiv Frankreich berichtet.

In einer öffentlichen Befragung über die Zukunft des Cotonou-Abkommens wurde die europäische Entwicklungshilfe als Einflussfaktor in Sachen Menschenrechte auf den Prüfstand gestellt. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Achtung der Menschenrechte durch den Staat ist eine unumgängliche Voraussetzung für Entwicklungshilfe.

2000 schlossen die EU und die AKP-Staaten (die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) das Cotonou-Abkommen ab. Seitdem bestimmt es ihre politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen. Beide Vertragsparteien verscrieben sich bei der Unterzeichnung den Menschenrechten, demokratischen Grundsätzen und der Rechtsstaatlichkeit. Diese bilden bis heute einen der Grundpfeiler des Abkommens.

Überarbeitung von Cotonou

Das Cotonou-Abkommen, das noch bis 2020 seine Gültigkeit behält, muss sich weiterentwickeln. Zu diskutieren ist dabei auch die Frage, inwiefern die Entwicklungshilfe an die Achtung der oben genannten Prinzipien gebunden sein sollte.

Bei einer öffentlichen Befragung zur Zukunft des Cotonou-Abkommens nach 2020 legten die Teilnehmer eine gewisse Skepsis an den Tag (NGOs, nationale Parlamente, Unternehmen,

Think-Tanks usw.). „Die Befragten zeigten sich im Allgemeinen kritisch, was den Einfluss des im Cotonou-Abkommen festgelegten Mechanismus anbelangt, der zur Verbesserung der Menschenrechtslage, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beitragen sollte“, betont die Kommission.

Einer der Kritikpunkte: Der politische Dialog zwischen der EU und den AKP-Staaten sei zu formal, zu technisch und zu sehr auf die Union bezogen. Dennoch muss dieser Dialog intensiviert werden. „Er hat es ermöglicht, gewisse Grundrechte und kontroverse Aspekte von Entwicklungsprogrammen in den Fokus zu rücken“, so die EU-Kommission.

Auch andere Beteiligte begrüßen den durch das Cotonou-Abkommen angestoßenen politischen Dialog über Menschenrechts- und Demokratiethemata – darunter das Generalsekretariat für europäische Angelegenheiten. „Sehr interessiert zeigen sich vor allem die Länder,

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

deren bilateraler Austausch mit den EU-Mitgliedsstaaten eingeschränkt ist und die nur selten die Möglichkeit zu einen europäischen Dialog haben (wie Surinam)“, heißt es von französischer Seite.

Dialog mit Burundi

In der Praxis griff man bereits mehrfach auf den im Cotonou-Abkommen festgelegten politischen Dialog zurück. Sollte dieser scheitern, tritt Artikel 96 in Kraft. Ihm zufolge dürfen in einem solchen Fall Sanktionen verhängt werden. Diese können bis hin zur Aussetzung der Zusammenarbeit mit einem gewissen Land reichen. Die EU machte bereits mehrfach Gebrauch von diesem Artikel, um auf Staatsstriche und Menschenrechtsverletzungen zu reagieren: auf den Fidschi (2000 und 2007), in Simbabwe (2002), in der Zentralafrikanischen Republik (2003), in Guinea-Bissau (2004 und 2011), in Togo (2004) und in Madagaskar (2010).

Mitte März verkündete die EU, sie würde die offizielle Entwicklungshilfe für Burundi auf Eis legen. Dort kam es zu einer schweren Krise, nachdem der Präsident Pierre Nkurunziza der Verfassung zum Trotz 2015 seine dritte Amtszeit angetreten hatte. „Wir arbeiten derzeit an EU-finanzierten Projekten, die der Bevölkerung in Burundi einen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ermöglichen, ohne die dafür notwendigen Mittel über die Konten der burundischen Regierung laufen zu lassen“, erklärt EU-Entwicklungskommissar Neven Mimica. Mit Hilfgeldern in Gesamthöhe von etwa 430 Millionen Euro für den Zeitraum von 2015 bis 2020 ist die EU Burundis größter Geldgeber.

Achtung der Menschenrechte

Die Einhaltung der Menschenrechte ist heutzutage eine unumstößliches Kriterium für die Beziehungen zwischen



Die Ankündigung des burundischen Präsidenten Pierre Nkurunziza, er werde für eine dritte Amtszeit kandidieren, hat das Land ins Chaos gestürzt. [Goran Tomasevic / Reuters]

der EU und Entwicklungsländern. Das war jedoch nicht immer der Fall. Erst als man 1995 die Überarbeitung des Lomé-Abkommens unterzeichnete, trat eine Klausel zur Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit in Kraft. Anfangs hatte es diesbezüglich viel Gegenwind aus den AKP-Staaten gegeben. Sie beriefen sich auf das Prinzip des Nichteingreifens und der Neutralität, welches bis dahin die internationale Zusammenarbeit bestimmt hatte, so ein Bericht des Europäischen Zentrums für die Verwaltung der Entwicklungspolitik (ECDPM).

Die EU nutzt als einzige in der Praxis die politische Dimension der Partnerschaft. Die AKP-Staaten ihrerseits „haben sich nur sehr selten auf die Klausel des politischen Dialogs im Cotonou-Abkommen berufen“, betont das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

Debatte um LGBT-Rechte

Manche Themen sorgen jedoch noch immer für tiefe Kluft zwischen der EU und den AKP-Staaten – vor allem mit Blick

auf die afrikanischen Länder. Über die Rechte sexueller Minderheiten (LGBT: Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) wird im aktuellen Rahmen des Cotonou-Abkommens Stillschweigen gewahrt. Während einige Länder in Afrika immer mehr Gesetze gegen sexuelle Minderheiten erlassen, positioniert sich die EU deutlich für die Achtung der LGBT-Rechte. Das könnte für weitere Spannungen in der Verhandlungen über den Zeitraum nach Cotonou sorgen. „Manche Mitgliedsstaaten sehen diese Frage als möglichen Grund, mit dem Abkommen zu brechen, oder aber als wichtigen Risikofaktor in der Post-Cotonou-Debatte“, so das DIE.

INFOGRAPHIC

Europäische Flüchtlingspolitik erhöht Ausgaben der nationalen Entwicklungshilfe-Budgets

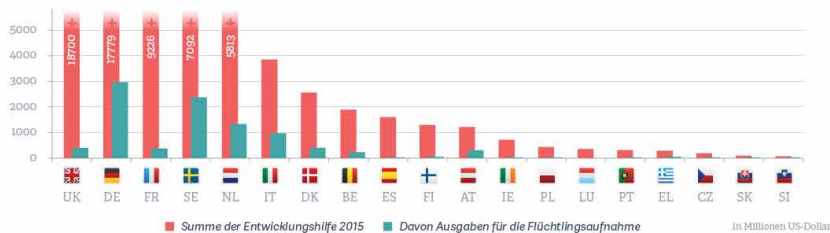
Auch 2015 ist die EU immer noch der weltweit größte Geber von Entwicklungsgeldern. Zur Bewältigung der Migration als Auswirkung der Flüchtlingskrise nutzen die europäischen Länder immer häufiger ihre Entwicklungshilfe-Budgets.

Europäische Länder und Institutionen stellten 2015 mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe bereit.

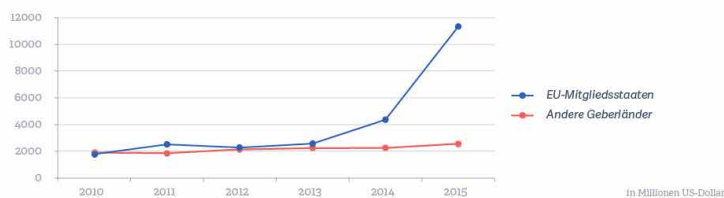
2015 stieg die europäische Entwicklungshilfe um fast 16%, also doppelt so schnell wie der weltweite Durchschnitt.



Viele europäische Länder haben 2015 auf einen bedeutenden Teil ihres Entwicklungshilfe-Budgets zurückgegriffen, um die Kosten der Flüchtlingsaufnahme zu decken.



Auch im weltweiten Vergleich verwenden die EU-Länder für die Flüchtlingsaufnahme einen bedeutend höheren Anteil ihrer Entwicklungsgelder.



Quelle: OECD

Mit Unterstützung von: **BILL & MELINDA GATES foundation**

Weitere
Informationen
zu Special
Reports von
EurActiv...

Kontaktieren Sie uns

Thomas Franke
t.franke@euractiv.de
+49 30 2088 9003

Ama Lorenz
ama.lorenz@euractiv.de
+49 30 2087 5003